RICHTLINIE ÜBERBRÜCKUNGSRENTEN

Der Gemeinderat erlässt gestützt auf Art. 29 lit. d der Gemeindeverfassung folgende Richtlinie.

1. Einleitung

Im Rahmen der Revision des Gesetzes über die Pensionskasse Graubünden (PKG; BR 170.450) hat der Kanton Graubünden auch eine Revision des Personalgesetzes (PG; BR 170.400) vorgenommen und dabei die Bedingungen für die Frühpensionierung bzw. das Einräumen von Überbrückungsrenten per 1. Januar 2022 angepasst.

Bis Ende 2021 war eine vorzeitige Alterspensionierung nach Vollendung des 60. Altersjahres möglich und konnte mit einer Überbrückungsrente unterstützt werden. Auch nach dem 1. Januar 2022 besteht die Möglichkeit einer vorzeitigen Alterspensionierung mit Vollendung des 60. Altersjahres. Neu kann eine Überbrückungsrente jedoch nur zugesprochen werden, wenn die Frühpensionierung nach Vollendung des 62. Altersjahres erfolgt.

2. Grundsatz

Die Ausrichtung von Überbrückungsrenten durch die Gemeinde Domat/Ems richtet sich ergänzend zur kommunalen Personalverordnung nach dem neuen kantonalen Recht (gültig ab 1. Januar 2022).

Die vorzeitige Pensionierung ist in der kommunalen Personalverordnung wie folgt geregelt:

Art. 10 Pensionierung

Liegt die Neubesetzung oder Aufhebung einer Stelle im Interesse der Gemeinde, so kann der Gemeindevorstand aus eigener Veranlassung oder auf Antrag der Mitarbeitenden die vorzeitige Pensionierung anordnen und eine allfällige Abgeltung festlegen. Bei Lehrpersonen entscheidet der Gemeindevorstand hierüber auf Antrag des Schulrates.

Mitarbeitende können sich vorzeitig pensionieren lassen. Sofern der Gemeinde daraus keine Mehrkosten entstehen, können vorverschobene Alterspensionierungen mit Hilfe einer Überbrückungsrente erleichtert werden.

Mit der ergänzenden Anwendung des kantonalen Rechts (Personalgesetz, PG; BR 170.400 und Reglement über die vorzeitige Pensionierung, VP-Reglement; BR 170.430) ist somit für die Mitarbeitenden der Gemeinde Domat/Ems eine vorzeitige Alterspensionierung nach Vollendung des 60. Altersjahres möglich. Eine Überbrückungsrente kann jedoch erst bei einer Frühpensionierung nach Vollendung des 62. Altersjahres zugesprochen werden.

Bezüglich Ausrichtung einer Überbrückungsrente an Lehrpersonen gilt folgendes:

Das Arbeitsverhältnis von Lehrpersonen endet grundsätzlich am Ende des Schuljahres (31. Juli). Lehrpersonen, welche in den Monaten Januar bis Juli das 62. bzw. 63. oder 64. Altersjahr vollenden, können sich somit auf Ende des laufenden Schuljahres mit Anspruch auf eine Überbrückungsrente pensionieren lassen. Bei Lehrpersonen, welche in den Monaten August bis Dezember das 62. Altersjahr vollenden, verlängert sich das Arbeitsverhältnis bis am 31. Juli des folgenden Jahres, oder es kann eine Überbrückungsrente ab Ende des Geburtsmonats, in dem die Altersgrenze erreicht wird, beantragt werden.

3. Voraussetzungen für die Ausrichtung einer Überbrückungsrente

Die Voraussetzungen für die Ausrichtung einer Überbrückungsrente sind – sofern diese nicht bereits aus der kantonalen Gesetzgebung, namentlich aus dem Reglement über die vorzeitige Pensionierung (VP-Reglement; BR 170.430) hervorgehen – in einer kommunalen Richtlinie zu regeln.

Im kantonalen VP-Reglement sind die Voraussetzungen für Beiträge an Überbrückungsrenten im Art. 3 Abs. 1 geregelt. Mitarbeitende erhalten einen Beitrag, wenn sie:

- a) sich auf Ende des Monats, in dem sie 62 Jahre alt werden, oder einen späteren Zeitpunkt vorzeitig pensionieren beziehungsweise teilpensionieren lassen;
- b) unmittelbar vor der vorzeitigen Pensionierung beziehungsweise der Teilpensionierung während mindestens 10 Jahren für die kantonale Verwaltung tätig waren;
- c) insgesamt während mindestens 10 Jahren eine Funktion mit hoher physischer oder psychischer Belastung ausgeübt haben; und
- d) bei der Pensionskasse Graubünden eine AHV-Überbrückungsrente verlangen.

Die Gemeinde wendet Art. 3 Abs. 1 lit. a), b) und d) des VP-Reglementes sinngemäss an.

In Abweichung von Art. 3 Abs. 1 lit. c) des VP-Reglementes richtet die Gemeinde – sofern die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind - eine Überbrückungsrente an alle Mitarbeitenden aus, unabhängig der physischen oder psychischen Belastung der Funktion.

4. Höhe der Überbrückungsrente

Die Höhe der Überbrückungsrente ist im Art. 4 des kantonalen VR-Reglementes geregelt.

¹Der jährliche Beitrag entspricht bezogen auf die maximale AHV-Rente bei einer vorzeitigen Pensionierung beziehungsweise Teilpensionierung:

- a) nach dem 62. Geburtstag: 50 Prozent;
- b) nach dem 63. Geburtstag: 75 Prozent.

²Der Beitrag reduziert sich:

- a) bei einer unterjährigen vorzeitigen Pensionierung beziehungsweise Teilpensionierung pro rata temporis;
- b) bei einer Teilpensionierung entsprechend dem Pensionierungsgrad beziehungsweise der Pensionierungsgrade;
- c) bei einem Teilzeitpensum entsprechend der Differenz zwischen dem durchschnittlichen Arbeitsumfang während der letzten fünf Jahre vor der vorzeitigen Pensionierung beziehungsweise Teilpensionierung und einem Vollzeitpensum.

In Abweichung von Art. 4 Abs. 1 des VP-Reglementes entspricht der jährliche Beitrag der Gemeinde bezogen auf die maximale AHV-Rente bei einer vorzeitigen Pensionierung beziehungsweise Teilpensionierung:

- a) nach dem 62. Geburtstag: 75 Prozent;
- b) nach dem 63. Geburtstag: 100 Prozent.

5. Finanzierung der Überbrückungsrente

Aufgrund der Berechnung gemäss Punkt 4 ergibt sich die Höhe der Überbrückungsrente. Gemäss Art. 10 der kommunalen Personalverordnung können, sofern der Gemeinde daraus keine Mehrkosten entstehen, vorverschobene Alterspensionierungen mit Hilfe einer Überbrückungsrente erleichtert werden. Keine Mehrkosten für die Gemeinde entstehen, wenn die Überbrückungsrente tiefer

ist als die Differenz zwischen dem aktuellen Lohn (inkl. Sozialleistungen) der betroffenen Person und dem Lohn (inkl. Sozialleistungen) der neu angestellten Person (Mutationsgewinn). Damit vorzeitige Pensionierungen auch ermöglicht werden können, wenn die Kosten nicht gedeckt sind (Mutationsverlust), besteht die Möglichkeit die Mehrkosten mit einer Entnahme aus dem Hilfsfonds zu decken. Bei Auflösung des Hilfsfonds erfolgt die Finanzierung über die Erfolgsrechnung.

6. Entscheidungsträger

Die Zustimmung zu einer vorzeitigen Pensionierung mit Ausrichtung einer Überbrückungsrente obliegt für die Geschäftsleitung/Schulleitungen dem Gemeindevorstand, für die übrigen Mitarbeitenden und Lehrpersonen der Geschäftsleitung.

Sofern durch eine vorzeitige Pensionierung Mehrkosten für die Gemeinde entstehen (Mutationsverlust), entscheidet die Geschäftsleitung im Rahmen ihrer Finanzkompetenzen über eine Entnahme aus dem Hilfsfonds für die Deckung dieser Mehrkosten. Fondsentnahmen, welche die Finanzkompetenz der Geschäftsleitung übersteigen, werden dem Gemeindevorstand zum Entscheid unterbreitet.

7. Übergangsbestimmungen für Anträge ab dem 1. Januar 2022

Die Übergangsbestimmungen richten sich nach Art. 8 des VP-Reglementes.

¹ *Mitarbeitende, die am 1. Januar 2022 60 Jahre alt oder älter sind (bis Jahrgang 1961), können eine vorzeitige Pensionierung ab dem 63. Altersjahr nach dem Reglement über die vorzeitige Alterspensionierung vom 19. März 2013 beantragen.*

³ *Bei vorzeitigen Pensionierungen nach Absatz 1 werden in Abweichung zu Artikel 10 und Artikel 4 Absatz 2 des Reglements über die vorzeitige Alterspensionierung vom 19. März 2013 anstelle einer Überbrückungsrente der Pensionskasse Graubünden entsprechende Beiträge im Sinne und nach Massgabe von Artikel 6 überwiesen. Diese Beiträge entsprechen bei einer Pensionierung im:*

63. Altersjahr: 80 Prozent;

64. Altersjahr: 100 Prozent;

65. Altersjahr: 100 Prozent;

der maximalen AHV-Altersrente.

8. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt gemäss Entscheid des Gemeinderates vom xx.xx.xxxx per xx.xx.xxxx in Kraft.